

**Ausarbeitung der Prüfungsfragen von Mag. Proksch (Daten- und Informatikrecht, TU Wien, 2001/02)**  
**Ohne Gewähr!**

	<b>ALLGEMEINES</b>
1	<b>Weswegen wird der Bereich des Daten- und Informatikrechtes häufig als "Querschnittsmaterie" bezeichnet?</b>
	Das Daten- und Informatikrecht umfasst verschiedene Teilbereiche des österreichischen und internationalen Rechts. Es lässt sich nicht genau gegen andere Rechtsbereiche abgrenzen, wie dies zB beim Strafrecht der Fall ist. Deshalb spricht man von einer "Querschnittsmaterie".
2	<b>An welche klassischen Rechtsmaterien knüpft das Daten- und Informatikrecht an?</b>
	Strafrecht, Bürgerliches Recht, Öffentliches Recht, Datenschutz, Europarecht, Völkerrecht, Kollisionsrecht, Namensrecht, Markenrecht, Patentrecht, Urheberrecht.
3	<b>Auf welchen Internet- Seiten können Sie juristische Materialien zum österreichischen und europäischen Recht abfragen?</b>
	Bundeskanzleramt: <a href="http://www.ris.bka.gv.at">http://www.ris.bka.gv.at</a> Parlament: <a href="http://www.parlinkom.gv.at">http://www.parlinkom.gv.at</a> Magistrat: <a href="http://www.wien.gv.at">http://www.wien.gv.at</a> Europäische Union: <a href="http://europa.eu.int">http://europa.eu.int</a>
4	<b>Welche Probleme wirft eine Regulierung des Internet durch technische Standards und Programmcode auf?</b>
	Das Internet lässt sich schwer abgrenzen, es ist was die Größe betrifft nicht genau definierbar. Technische Standards sind deshalb schwer durchzusetzen, weil vielerorts noch nationale vor internationalen Interessen und solche von Konzernen vor öffentlichen Interessen stehen. Allerdings gibt es Bestrebungen, zentrale Instanzen zu schaffen, die eine Art Kontrolle bzw. Richtlinie darstellen. W3C für Programmcodestandards und eine "Internetregierung".
5	<b>Ist der Cyberspace ein Raum?</b>
	Kein Raum in dem Sinne wie ihn ein Architekt definieren würde. Eher ein abstraktes Haus (Internet) mit verschiedenen Gängen (Leitungen), Verzweigungen (Server, Router, Switches) und Räumen (Homepages).
6	<b>Hat der Cyberspace Grenzen?</b>
	Technische Grenzen sind nur durch eine beschränkte Anzahl verfügbarer IP-Adressen gegeben. (an einem neuen Standard wird allerdings schon gearbeitet IPv6) Prinzipiell hat das Internet (Cyberspace) allerdings keine Grenzen. Der Cyberspace wächst und schrumpft von Minute zu Minute.
	<b>ONLINE-VERTRAGS-RECHT</b>
7	<b>Was versteht man unter E-Commerce (bzw. Elektronischem Geschäftsverkehr)?</b>
	"EC umfasst alle Rechtsgeschäfte, bei denen die Parteien den Vertragschluss oder zumindest eine Leistungshandlung über das Internet oder ein vergleichbares Netzwerk durchführen.

8	<b>Wie kommt ein Online-Vertrag zustande?</b>
	<i>Vertragsvoraussetzungen</i> (Essentialia Negotii) - Kaufgegenstand und Preis <i>Willenserklärungen</i> - mündlich/fernmündlich - schriftlich - digital (Email, IRC ...) <i>Angebot : Annahme</i> (Bei Übereinstimmung Vertragsabschluss online)
9	<b>Nenne Sie die wichtigsten rechtlichen Grundlagen für den Online-Vertragsschluss.</b>
	Fernabsatzrichtlinie 97/7/EG in Österreich Umsetzung der FA-RL im Fernabsatzgesetz und im Konsumentenschutzgesetz
10	<b>Was sind elektronische Willenserklärungen?</b>
	Willenserklärungen die über Email, Webformular usw. getätigt werden. Äußerung eines auf die Herbeiführung einer Rechtswirkung gerichteten Willens mittels elektronischer Medien
11	<b>Was sind Computererklärungen?</b>
	Das sind vollwertige Willenserklärungen, welche von Expertensystemen getätigt werden um ein Rechtsgeschäft herbeizuführen. Es gibt auch automatisierte Willenserklärungen (in diesem Fall wird die WE dem Rechnerbetreiber zugerechnet). zB Bestellung bei Amazon.de
12	<b>Von welcher Seite erfolgt "online" in der Regel das Angebot, von welcher die Annahme?</b>
	Unter Angebot versteht man die "Bestellung". Diese erfolgt in der Regel durch den Kunden (User). Der Diensteanbieter (zB Amazon.de) nimmt dieses Angebot dann an. Der Diensteanbieter hat den Eingang der Bestellung des Nutzers unverzüglich auf elektronischem Wege zu bestätigen. Das Angebot von Produkten in Online-Shops ist kein Angebot im Rechtssinne, sondern eine Aufforderung an den Kunden, selbst ein Angebot abzugeben (invitatio ad offerendum).
13	<b>Nennen Sie drei mögliche Abschlussarten von "Online-Verträgen".</b>
	Email, Webformular, Forum, IRC, Voice over IP
14	<b>Wann gilt ein geschäftliches Email als zugegangen?</b>
	Beim Eingang in der Mailbox. Dies bedeutet: eine tägliche Leerung des elektronischen Briefkastens ist für jeden, der den elektronischen Briefkasten zu kommerziellen Zwecken eingerichtet hat, Pflicht. Für den Kaufmann gilt unter besonderen Voraussetzungen das Schweigen im Rechtsverkehr als Bestätigung. Man spricht hier vom sogenannten kaufmännischen Bestätigungsschreiben. Dort gilt Schweigen unter gewissen Umständen als Zustimmung. Diese entwickelten Grundsätze dürften auch für den Bereich der E-Mail Anwendung finden.
15	<b>Gibt es eine Faustregel für die Frist zur Annahme von (Online-) Angeboten?</b>
	2 x Beförderungszeit + Überlegenszeit. 1-3 Tage. Gilt nicht für Chat und Voice over IP

16	<b>Wo ist die Annahmefrist geregelt?</b>
	Im § 862 ABGB (Allgemein Bürgerliches Gesetzbuch von 1812).
17	<b>Ist ein Rücktritt vom Onlinevertrag möglich?</b>
	Ja, gemäß § 871 (1) ABGB durch rechtzeitigen Widerruf. Widerrufsrecht von 7 Werktagen bzw. 3 Montagen gemäß Art. 6 Fernabsatz-RL. Allgemeine Anfechtung wegen Irrtum §870ff ABGB
18	<b>Was ist das Widerrufsrecht bei Verbrauchergeschäften?</b>
	Die Möglichkeit, den Vertrag binnen einer gewissen Frist ohne Angabe von Gründen schriftlich oder auf einem dauerhaften Datenträger aufzulösen. An Kosten sind maximal die Rücksendungskosten durch den Verbraucher zu entrichten.
19	<b>Wie lange dauert die Widerrufsfrist?</b>
	Bei E-Commercegeschäften gibt es eine Widerrufsfrist (Art. 6) von 7 Tagen. Allerdings kann die Widerrufsfrist auch 3 Monate betragen wenn: die Informationen gemäß Artikel 4 (1) Buchstabe a-f der FA-RL durch den Lieferer zum Zeitpunkt der Lieferung noch NICHT schriftlich oder auf einem sonstigen dauerhaften Datenträger eingelangt sind. [Identität des Lieferers, wesentliche Eigenschaften der Ware, Preis, Lieferkosten, Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung, Bestehen eines Widerrufsrechts.]
20	<b>Wo ist die Widerrufsfrist geregelt?</b>
	FA-RL, Artikel 6.
21	<b>Welche sonstigen Möglichkeiten zur Anfechtung eines Online-Vertrages gibt es?</b>
	Mann kann eine allgemeine Anfechtung des Vertrags wegen Irrtums (§ 870 ff ABGB) versuchen.
	<b>FERNABSATZ</b>
22	<b>Was versteht man unter “Distanzgeschäften”?</b>
	Käufer und Verkäufer befinden sich nicht am selben Ort. Der Vertragsabschluss kommt mit Hilfe einer Fernkommunikationstechnik (Internet) zustande.
23	<b>Nennen Sie die gesetzlichen Grundlagen für den Verbraucherschutz im Fernabsatz.</b>
	Fernabsatzgesetz basierend auf der Fernabsatzrichtlinie der EU. Im weiteren Sinne auch noch die E-Commercerichtlinie.
24	<b>Welche Informationspflichten hat der Diensteanbieter?</b>
	Diensteanbieter muss rechtzeitig vor Vertragsabschluss dem Verbraucher bestimmte Informationen übermitteln, als da wären: Identität des Lieferers, wesentliche Eigenschaften der Ware, Preis der Ware, Lieferkosten, Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung, Bestehen eines Widerrufsrechtes, Kosten, Gültigkeitsdauer, gegebenenfalls Mindestlaufzeit des Vertrags.
25	<b>Welche Konsequenzen hat es, wenn der Diensteanbieter dem Verbraucher bestimmte Informationen nicht fristgerecht übermittelt?</b>
	Das Widerrufsrecht des Verbrauchers beträgt dann 3 Monate statt 7 Tage.

26	<b>Wurde die EU-Fernabsatzrichtlinie in Österreich bereits umgesetzt?</b>
	Ja, im Fernabsatzgesetz.
27	<b>Was ist ein dauerhafter Datenträger?</b>
	Papier, Telefaxe, CDs, Disketten und E-Mails
	<b>KOLLISIONSRECHT</b>
28	<b>Welches Recht ist bei grenzüberschreitenden Online-Verträgen anwendbar?</b>
	Internationales Privatrecht
29	<b>Wo finden sich die rechtlichen Grundlagen?</b>
	IPRG -Art. 5 Abs 2 EVÜ (Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht) "Der Verbraucher darf nicht dem rechtlichen Schutz seines Heimatlandes entzogen werden.
30	<b>Was bedeutet der Grundsatz der freien Rechtswahl?</b>
	Die Parteien sind in der Entscheidung, welchem nationalen Recht sie ihren Vertrag unterstellen wollen, frei. Die Vereinbarung kann in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen getroffen werden.
31	<b>Welchen Einfluss hat die vertragscharakteristische Leistung auf die Frage, welches Recht anzuwenden ist?</b>
	Sofern es die vertragscharakteristische Leistung zulässt, ist die FA-RL anzuwenden. Bei Arzneimitteln, Immobilien usw. gilt die FA-RL nicht. Ist der Konsumabsicht rein privater Natur, oder steckt eine geschäftliche Absicht dahinter.
32	<b>Welches Recht gilt, wenn keine Rechtswahl getroffen wurde?</b>
	Wird keine Rechtswahl getroffen, gilt bei Kaufverträgen in der Regel das Recht des Staates, in dem der Verkäufer seinen Sitz hat. Handelt es sich um einen gewerblichen Kauf, kann das UN-Kaufrecht Anwendung finden, wenn beide Parteien ihren Sitz in unterschiedlichen Vertragsstaaten haben.
	<b>ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN</b>
33	<b>Was sind AGB?</b>
	Allgemeine Geschäftsbedingungen. Alle vorformulierten Vertragsbedingungen, die eine Vertragspartei (Verwender) der anderen Vertragspartei bei Abschluss eines Vertrages stellt. Gleichgültig ist, ob die Bestimmungen einen äußerlich gesonderten Bestandteil des Vertrages bilden oder in die Vertragsurkunde selbst aufgenommen werden, welchen Umfang sie haben, in welche Schriftart sie verfasst sind und welche Form der Vertrag hat.
34	<b>Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit AGBs als wirksam vereinbart gelten.</b>
	Müssen im Vertrag beinhaltet sein oder es wird darauf verwiesen. Zumutbare Kenntnisnahme bei Vertragsabschluss,
35	<b>Was versteht man unter "materieller Inhaltskontrolle"?</b>

	ABGB will verhindern, daß eine überlegene Partei durch die Einbeziehung von AGB ihrem Vertragspartner benachteiligende Nebenbestimmungen aufoktroiert und dessen Privatautonomie untergräbt. § 879 Abs 3 ABGB ordnet daher die Nichtigkeit benachteiligender Nebenklauseln an: "Eine in Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder Vertragsformblättern enthaltene Vertragsbestimmung, die nicht eine der beiderseitigen Hauptleistungen festlegt, ist jedenfalls nichtig, wenn sie unter Berücksichtigung aller Umstände des Falles einen Teil gröblich benachteiligt."
	<b>E-COMMERCE-RICHTLINIE</b>
36	<b>Was regelt die EC-RL?</b>
	Sie regelt europaweit die rechtlichen Rahmenbedingungen des E-Commerce. Regelungsgegenstand ist jede nur denkbare Dienstleistung die gegen Entgelt elektronisch im Internet erbracht wird und vom Empfänger auf individuellen Abruf in Anspruch genommen werden kann. zB Online-Kauf von Büchern, CDs, Reisen sowie Online-Beratungsdienste jeglicher Art (Rechts- und Steuerberatung)
37	<b>Gibt es neben der EC-RL noch weitere Richtlinie in diesem Bereich bzw. Regulierungsbestrebungen?</b>
	RL über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normung und technischen Vorschriften RL über den Schutz personenbezogener Daten RL über den Verbraucherschutz im Fernabsatz RL über elektronische Signaturen RL-Vorschläge über Urheberrecht und über elektronisches Geld sowie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen.
38	<b>Was versteht man unter dem "Herkunftslandprinzip"?</b>
	d.h. dass sich die jeweiligen rechtlichen Anforderungen nach dem Recht jenes Mitgliedsstaates richten, in dem sich der Anbieter niedergelassen hat. Für Dienstleistungen gelten innerstaatliches und Gemeinschaftsrecht. - nach Maßgabe des Internationalen Privatrechts Ausnahmen: - Urheberrecht - Verbraucherrecht Wichtig: Serverstandort ≠ Niederlassung
39	<b>Was bedeutet die in der RL festgeschriebene Zulassungsfreiheit?</b>
	Wenn die allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen für wirtschaftliche Tätigkeit erfüllt sind, darf diese ohne weitere Einschränkungen auch über das Internet in der gesamten Union ausgeübt werden.
40	<b>Welche Informationspflichten treffen den Diensteanbieter nach der EC-RL?</b>
	Informationspflichten gemäß EC-RL Der Diensteanbieter muss den Nutzern folgende Infos zur Verfügung stellen. - Namen des Anbieter - geographische Anschrift - Angaben die die Kontaktaufnahme ermöglichen - Handelsregisternummer (falls vorhanden) - Angaben zur Aufsichtsbehörde (falls das Unternehmen einer unterliegt) - USt-IDNr.



	<p>Der Provider ist von jeglicher Haftung befreit, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Übermittlung nicht vom P. veranlasst wurde</li> <li>- der P. den Adressaten der Information nicht auswählt</li> <li>- der P. die übermittelten Informationen nicht auswählt</li> </ul> <p>Der Provider ist KEIN Spitzel. Es besteht für ihn keine Verpflichtung, aktiv nach rechtswidrigen Inhalten zu suchen.</p> <p>ABER. Sollte er von einer rechtswidrigen Tätigkeit etwas erfahren so ist dies unverzüglich den zuständigen Behörden zu melden.</p>
48	<p><b>Welche Verpflichtungen haben die einzelnen Providertypen?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Access-Provider: Haftungsfreistellung gemäß Artikel 12 EC-RL.</li> <li>- Service-Provider: (Caching Art 13, Hosting Art 14) wie Access-Provider</li> </ul>
49	<p><b>Wo ist die Providerhaftung in Österreich geregelt?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- § 75 (2) des TKG [Inhaber von Funkanlagen und Endgeräten haben, soweit ihnen dies zumutbar ist, geeignete Maßnahmen zu treffen, um eine missbräuchliche Verwendung auszuschließen. Diensteanbieter, welche lediglich den Zugang zu Telekommunikationsdiensten vermitteln, gelten nicht als Inhaber.]</li> <li>- § 89 TKG: Mitwirkungspflicht bei Überwachungsmaßnahmen</li> <li>- StPO (Strafprozessordnung)</li> <li>- TKÜV-Entwurf (Telekommunikationsüberwachungsverordnung)</li> </ul> <p>Providerhaftung in Deutschland: § 5 des TDG (Teledienstgesetz)</p>
	<b>KRYPTOGRAPHIE</b>
50	<p><b>Wozu dient Verschlüsselung?</b></p> <p>Verschlüsselung dient zur "sicheren" Übertragung von sensiblen Daten. Die Verschlüsselung soll sicherstellen, dass unautorisierte Personen keinen Zugriff haben. Verschlüsselungsalgorithmen können aber auch zur Sicherstellung der Authentizität dienen (Signaturen), bzw. die Integrität von Daten sicherstellen (Message-Digest).</p>
51	<p><b>Erklären Sie die Begriffe Vertraulichkeit, Integrität und Authentizität.</b></p> <p>Vertraulichkeit: Datentransport vor unberechtigten Einblick durch Dritte schützen</p> <p>Integrität: Datentransport gegen beabsichtigte oder zufällige Manipulation (zB Übertragungsfehler) sichern.</p> <p>Authentizität: B muß annehmen können, dass die Nachricht wirklich von A kommt und nicht ein unautorisierter Dritter der tatsächliche Sender ist.</p>
52	<p><b>Nennen Sie die beiden wichtigsten Verschlüsselungsarten.</b></p> <p>symmetrisch und asymmetrisch</p>
53	<p><b>Welche Problematik wurde durch die Entwicklung der asymmetrischen Verschlüsselung gelöst?</b></p> <p>Die Problematik der Schlüsselübermittlung. Bei einer symmetrischen Verschlüsselung müssen A und B vorher einen Schlüssel austauschen, mit dem dann ver- und entschlüsselt wird. Dies ist insbesondere im Internet</p>

	<p>sehr problematisch, denn wer den Schlüssel der symmetrischen Verschlüsselung hat, kann problemlos mitlesen.</p> <p>Die asymmetrische Verschlüsselung (RSA) löst dieses Problem mit Hilfe von öffentlichen und privaten Schlüsseln.</p>
54	<p><b>Wozu dient der öffentliche Schlüssel?</b></p> <p>Mein öffentlicher Schlüssel ist für jeden frei zugänglich und auf einem "Public-Key-Server" abrufbar. Wenn mir jemand eine verschlüsselte Nachricht schicken will, verschlüsselt er sie mit meinem öffentlichen Schlüssel. Nur ich bin imstande diese Nachricht wieder zu entschlüsseln, da ich den dazugehörigen privaten Schlüssel habe.</p>
55	<p><b>Auf welcher mathematischen Methode basiert Verschlüsselung?</b></p> <p>Hashing (einheitlicher Code für jedes Zeichen)          Beispiel RSA: Beruht auf dem Faktorisierungsproblem für große Zahlen, d.h. auf dem Auffinden aller Primzahlen, durch die sich die ganze Zahl ohne Rest teilen lässt.          Verschlüsselung: Multiplikation zweier Zahlen ist eine einfache Rechenoperation          Entschlüsselung: Zerlegung einer Zahl in ihre Primfaktoren stößt an die Grenze der Berechenbarkeit.</p>
56	<p><b>Was versteht man unter “trustworthy third parties”?</b></p> <p>Firmen wie A-sign oder Verisign. Hier kann man sich zertifizieren (sich ein Zertifikat holen). Dieses bestätigt dann die persönliche Identität im Internet.</p>
57	<p><b>Weswegen wird Verschlüsselungstechnologie als “Dual-Use-Good” betrachtet?</b></p> <p>Dual-Use-Goods sind Waren und Technologie, die für zivile Zwecke entwickelt wurden, die aber auch für militärische Zwecke oder zur Erzeugung von Waffen dienen können. Verschlüsselungstechnologie und deren Export wurde in den USA lange Zeit mit Kriegsmaterial gleichgesetzt. Dieses Vorgehen kommt nicht von ungefähr, da Verschlüsselungsalgorithmen unter Umständen sehr gefährlich sein können. zB Ein verschlüsseltes Email mit terroristischem Inhalt.</p>
58	<p><b>Nennen Sie Gründe für staatliche Regulierungsbestrebungen im Bereich der Kryptographie.</b></p> <p>Kryptotechnologie wird wie Waffen oder Kriegsmaterial behandelt. Herstellung und Wirkungsweise sowie Schlüssellänge werden reguliert. Das Angebot und die Verwendung werden überprüft. Der Import und Export wird beschränkt.</p>
59	<p><b>Nennen Sie die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Export starker Verschlüsselungssoftware.</b></p> <p>Wassenaar Arrangement on Export Controls for Conventional Arms and Dual-Use Goods and Technologies          - wurde von Österreich ratifiziert          EU: DualUse Verordnung          USA: strenge Exportbestimmungen</p>
60	<p><b>Welches Konzept versteht man unter der Bezeichnung “Key-Escrow”?</b></p> <p>Ausgleich zwischen staatlichen Sicherheitserwägungen und Interessen. Schutzinteressen bezüglich sensibler, kommerzieller und privater Daten/Information.          Die Regelungen des Key Escrowing (Schlüssel hinterlegung) bzw. Key Recovery (Schlüsselwiederherstellung) verpflichten die Benutzer kryptographischer Verfahren,</p>



	Kopien ihrer Schlüssel oder wesentliche Teile davon bei einer staatlichen oder unabhängigen Stelle zu "hinterlegen".
61	<b>Inwiefern wäre ein generelles Verbot des Einsatzes von Verschlüsselungssoftware problematisch?</b>
	Kaum durchsetzbar, Kontrolle äußerst schwierig. Private Verschlüsselungssoftware wird immer erhältlich sein. Gesetzliches Verbot hin oder her. zB PGP, oder die diversen Linux-Derivate davon.
62	<b>Welche Grundrechte werden durch Kryptographieregelungen berührt?</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- nationales Recht (Staats-Grundgesetz)</li> <li>- internationales Recht: Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten [EMRK]</li> <li>- Art. 8 EMRK (Recht auf Privatleben)</li> <li>- Art. 10 EMRK (Recht auf freie Meinungsäußerung)</li> </ul>
	<b>SIGNATURRECHT</b>
63	<b>Nennen Sie den europäischen und nationalen Rechtsrahmen für elektronische Signaturen.</b>
	<p>in Österreich: Signaturgesetz</p> <p>Richtlinie 1999/93/EG des europäischen Parlamentes und des Rates vom 13. Dezember 1999 über gemeinschaftliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen.</p> <p>Signatur-Richtlinie:</p> <p>legt rechtliche Rahmenbedingungen für die elektronischen Signaturen und für bestimmte Zertifizierungsdienste fest</p> <p>Zweck [Art. 1]: □</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Sicherheit des E-Commerce soll erhöht werden</li> <li>– Verwendung elektronischer Signaturen soll gefördert werden und zu deren rechtlicher Anerkennung beitragen</li> </ul>
64	<b>Nennen Sie die wichtigsten Grundsätze der EU-Signatur-Richtlinie.</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- freier Marktzugang für Zertifizierungsdiensteanbieter Art. 3 <ul style="list-style-type: none"> <li>- freiwilliges Akkreditierungssystem</li> </ul> </li> <li>- Nichtdiskriminierungsgrundsatz <ul style="list-style-type: none"> <li>- elektronische Unterschriften nicht ex ante ungültig</li> </ul> </li> <li>- Gleichwertigkeit mit handschriftlicher Unterschrift, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind: <ul style="list-style-type: none"> <li>- ist ausschließlich dem Unterzeichner zugewiesen</li> <li>- ermöglicht eine Identifizierung des Unterzeichners - Pseudonyme aber erlaubt, wenn als solche gekennzeichnet</li> <li>- wird mit Mitteln erstellt, die der Unterzeichner unter seiner alleinigen Kontrolle halten kann</li> <li>- ist so mit jenen Daten, auf welche sie sich bezieht, verknüpft, dass eine nachträgliche Veränderung der Daten erkannt werden kann</li> <li>- muss auf einem qualifizierten Zertifikat beruhen und</li> <li>- muss von einer sicheren Signaturerstellungseinheit erstellt werden</li> </ul> </li> </ul>

65	<b>Was bedeutet der Nichtdiskriminierungsgrundsatz in der Signatur-RL?</b>
	Elektronische Unterschrift und persönliche Unterschrift sind gleichwertig.
66	<b>Unter welchen Voraussetzungen sind elektr. Unterschriften handschriftlichen gleichzusetzen?</b>
	qualifizierte Zertifikate (sichere elektronische Signaturen) werden rechtlich der eigenhändigen Unterschrift gleichgesetzt und erfüllen damit das Schriftlichkeitsgebot des § 886 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB).  <ul style="list-style-type: none"> <li>- ist ausschließlich dem Unterzeichner zugewiesen</li> <li>- ermöglicht eine Identifizierung des Unterzeichners - Pseudonyme aber erlaubt, wenn als solche gekennzeichnet</li> <li>- wird mit Mitteln erstellt, die der Unterzeichner unter seiner alleinigen Kontrolle halten kann</li> <li>- ist so mit jenen Daten, auf welche sie sich bezieht, verknüpft, dass eine nachträgliche Veränderung der Daten erkannt werden kann</li> <li>- muss auf einem qualifizierten Zertifikat beruhen und</li> <li>- muss von einer sicheren Signaturerstellungseinheit erstellt werden</li> </ul>
67	<b>Welche Verträge können ausgenommen werden? Wo ist dies geregelt.</b>
	Die Richtlinie nimmt Bürgschaftsverträge und Verträge über Sicherheiten aus. Geregelt im § 4 SigG.
68	<b>Ist die Verwendung von Pseudonymen nach dem öst. Signaturgesetz zulässig?</b>
	Pseudonyme aber erlaubt, wenn als solche gekennzeichnet
69	<b>Wozu benötigen öster. Zertifizierungsdienstanbieter eine freiwillige Akkreditierung.?</b>
	Geregelt im Signaturgesetz. Anzeigepflicht für Zertifizierungsdienstanbieter bei Telekom-Control-Kommission.
	<b>URHEBERRECHT</b>
70	<b>Welche Rechte stehen dem Urheber eines Werkes grundsätzlich zu?</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Urheberrecht =&gt; verleiht dem Urheber eines Werkes das ausschließliche Recht, zu bestimmen, ob, wann und wie dieses Werk genutzt wird.</li> <li>- Urheber hat das Recht, als solcher anerkannt bzw. genannt zu werden [Persönlichkeitsrecht]</li> <li>- Urheberbezeichnung bestimmt der Urheber: <ul style="list-style-type: none"> <li>- wahrer Name : anonym : Pseudonym</li> </ul> </li> </ul>
71	<b>Wann entstehen diese Rechte?</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Urheber eines Werkes ist die/der es geschaffen hat („Schöpferprinzip“) § 10 UrhG</li> <li>- Einschränkung für Computerprogramme</li> <li>- mit Vollendung des Werkes</li> <li>- Copyrightvermerk nicht nötig (Ö!)</li> </ul>
72	<b>Wie lange dauern diese Rechte an?</b>
	-EU-weite Harmonisierung durch die RL 93/98/EWG

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 70 Jahre ab Tod des Urhebers [50 Jahre für verwandte Schutz-rechte ab Aufzeichnung/ Darbietung]</li> <li>- nachher keine Rechte</li> </ul>
73	<b>Was sind verwandte Schutzrechte?</b>
	VERWANDTE SCHUTZRECHTE: Rechte der ausübenden Künstler, Tonträgerhersteller, Rundfunkunternehmen etc.[§§ 66 ff, auch Leistungsschutzrechte o. Nachbarrechte]
74	<b>Können Emails und Homepages als Werk iSd UrhG gewertet werden?</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <u>Homepages</u>: <ul style="list-style-type: none"> <li>– inkorporierte Texte, Lichtbilder etc. stehen selbst unter Schutz</li> <li>– Hyperlinks: lediglich Verweisung --&gt; keine Schutzwürdigkeit</li> </ul> </li> <li>- <u>E-Mails</u>: <ul style="list-style-type: none"> <li>– Brief --&gt; Veröffentlichung nur, wenn nicht berechnigte Interessen des Verfassers / Empfängers verletzt werden</li> </ul> </li> </ul>
75	<b>Nennen Sie die wichtigsten Verwertungsarten.</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vervielfältigung</li> <li>- Verbreitung</li> <li>- Aufführung → öff. Wiedergabe</li> <li>- Sendung → öff. Wiedergabe</li> </ul>
76	<b>Was versteht man unter dem Erschöpfungsgrundsatz?</b>
	Das Problem stellt sich wie folgt: Das Verbreitungsrecht an einzelnen Werkstücken kann als erschöpft betrachtet werden, sobald diese mit Einwilligung des für das Inland Berechtigten im Inland oder Ausland durch Übertragung des Eigentums am Werkstück in Verkehr gebracht worden sind. Im Internet würde das bedeuten, daß bei der ersten Veröffentlichung des Werkes z.B. auf der Homepage eines dazu berechtigten Unternehmens, der Urheber kein Recht mehr hat, die Veröffentlichung auf anderen öffentlich zugänglichen Computerspeicherplätzen zu verhindern. Er wäre lediglich auf einen Vergütungsanspruch zu verweisen.
77	<b>Erklären Sie den Unterschied zw. körperlicher und unkörperlicher Verbreitung.</b>
	<u>Vervielfältigung:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- jedes Herstellen einer körperlichen Kopie § 15 UrhG</li> <li>– unabhängig von Art der technischen Mittel einschließlich analoger u. digitaler Verfahren</li> <li>– Download, Upload, als auch Bearbeiten (Kopie Arbeitsspeicher)</li> <li>– unabhängig von der Dauer <ul style="list-style-type: none"> <li>- daher auch Caching</li> <li>- nicht aber Routing, da ja in Pakete zerlegt: - erst „REASSEMBLY“</li> </ul> </li> </ul> <u>Verbreitung:</u> Öffentliche Wiedergabe betrifft „unkörperliche“ Verbreitung <ul style="list-style-type: none"> <li>– Aufführung und Vorführung</li> <li>– Sendung (Rundfunk, Fernsehrundfunk)</li> <li>- Übermittlung im Internet = Sendung?</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Problem: Ausstrahlung und gleichzeitige Wahrnehmung <ul style="list-style-type: none"> <li>–Video on Demand</li> <li>–Streaming</li> </ul> </li> </ul>
78	<b>Ist Bearbeitung von Werken Dritter zulässig?</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bearbeitung ist zulässig</li> <li>- Bearbeitung schafft uU ein neues Werk, welches selbst urheberrechtlichen Schutz genießen kann</li> <li>- Verwertung bedarf aber der Zustimmung des Urhebers des Originalwerkes <ul style="list-style-type: none"> <li>–Ausnahme: sog. freie Bearbeitung (Original diene nur als Anregung)</li> </ul> </li> </ul>
79	<b>Ist die Vervielfältigung von Computerprogrammen zulässig?</b>
	Bei Computerprogrammen: Vervielfältigung und Bearbeitung sind „nur zulässig, wenn es für die bestimmungsgemäße Nutzung erforderlich ist“
80	<b>Was versteht man unter freier Werknutzung?</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Teil eines technischen Verfahrens <ul style="list-style-type: none"> <li>»vergängliche und begleitende Vervielfältigungshandlungen</li> <li>»insb. Z.B. Caching</li> </ul> </li> <li>–Dekompilierung = zulässig, wenn <ul style="list-style-type: none"> <li>- zur Nutzung berechtigt</li> <li>- zur bestimmungsgemäßen Nutzung notwendig</li> <li>- erforderliche Informationen nicht anderweitig zugänglich</li> </ul> </li> </ul>
81	<b>Nennen Sie die zwei Arten der Ausnahmen zum Vervielfältigungsrecht.</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- § 42 UrhG „jedermann [...] darf von einem Werk einzelne Vervielfältigungsstücke zum eigenen Gebrauch herstellen“ <ul style="list-style-type: none"> <li>- „jedermann“ = natürliche als auch juristische Personen</li> </ul> </li> <li>- „einzelne“ = wieviele? --&gt; Gericht <ul style="list-style-type: none"> <li>~ 7 als Obergrenze / Einzelfall</li> </ul> </li> </ul>
82	<b>Ermöglicht eine zulässige freie Werknutzung auch eine Verbreitung und Verwertung?</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbreitung oder Verwertung ist von freier Werknutzung nicht gedeckt!</li> <li>- Keine freie Werknutzung für Computerprogramme <ul style="list-style-type: none"> <li>– nur Sicherungskopie ist erlaubt</li> </ul> </li> </ul>
83	<b>Wie sind die Vergütungsansprüche geregelt?</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Trägermaterialien <ul style="list-style-type: none"> <li>– CDs, Videos = Leerkassettenvergütung</li> <li>– Kopierer, etc. = Reprographievergütung</li> </ul> </li> <li>–Abgabe für CD-Rohlinge, Scanner oder Brenner wurde gesetzlich noch nicht eingeführt</li> </ul>
	<b>DATENSCHUTZ</b>
84	<b>Was wird durch den Datenschutz geschützt?</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>–Daten</li> <li>–Privacy</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- für die nationale Sicherheit,</li> <li>- für die öffentliche Ruhe und Ordnung,</li> <li>- für das wirtschaftliche Wohl des Landes,</li> <li>- für die Verteidigung der Ordnung und zur Verhinderung von strafbaren Handlungen,</li> <li>- zum Schutz der Gesundheit und der Moral</li> <li>- oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer</li> </ul>
85	<p><b>Nennen Sie den Rechtsrahmen des Datenschutzes in der EU und in Österreich.</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•Art. 8 EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) [Privatsphäre]</li> <li>•Art. 10 EMRK [Meinungsfreiheit]</li> <li>–StGG [Staatsgrundgesetz], B-VG, DSG [Datenschutzgesetz 2000]</li> <li>•§ 10a StGG</li> </ul>
86	<p><b>Was sind "Grundrechtsschranken"?</b></p> <p>Die Grundrechtsgewährung ist nicht schrankenlos. Einige Grundrechte sind dadurch einengbar, dass die Verfassung ausdrücklich einen Gesetzesvorbehalt vorgesehen hat, durch den die Gesetzgebung ermächtigt wird, in das Grundrecht einzugreifen. Das Fernmeldegeheimnis darf nicht verletzt werden. Ausnahmen von der Bestimmung des vorstehenden Absatzes sind nur aufgrund eines richterlichen Befehles gemäß bestehender Gesetze zulässig.</p>
87	<p><b>Welches Problem entsteht bei der Überwachung von Kommunikationsnetzen?</b></p> <p>Eine Polizeibehörde, welche die Telefongespräche einer verdächtigen Person überwachen möchte, kontaktiert deren Arbeitgeber. Von diesem erfährt die Behörde, dass alle 800 Mitarbeiter gemeinsam eine einzige GSM-Nummer als automatisches ® Gateway in das betreffende GSM-Netz nutzen. Da eine Eingrenzung auf einen kleineren Personenkreis technisch nicht möglich ist, führt dies bei der Überwachung der Telefongespräche des Verdächtigen zwangsläufig zur Überwachung einer Vielzahl weiterer Personen, welche in ihrer allerdeutlichsten Mehrzahl sehr wahrscheinlich mit den strafbaren Handlungen in keinerlei Zusammenhang stehen.</p>
88	<p><b>Nennen Sie technischen Risiken für den Datenverkehr im Internet.</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Fälschung / Verfälschung von Daten Authentizität : Integrität : Vertraulichkeit</li> <li>- Frame-Spoofing / Web-Spoofing Ausnutzung der Frame-Architektur</li> <li>- Cookies ermöglichen Markierung &amp; Wiedererkennung von Nutzern C:\WINDOWS\Cookies\ Web-Wanzen</li> </ul>
89	<p><b>Was versteht man unter Frame-Spoofing?</b></p> <p>Eine WWW-Site könnte in einem fremden Fenster beispielsweise Angaben erbitten, die man ihr selbst gegenüber nicht machen würde: Denkbar wäre beispielsweise eine vorgetäuschte PIN-Abfrage in einem Frame der eigenen Bank. Außerdem könnten in die Seiten einer vermeintlich zuverlässigen Quelle, etwa dem Online-Angebot renommierter Zeitungen, falsche Nachrichten eingefügt werden.</p>

90	<b>Welche techn. Gegenmittel können eingesetzt werden?</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kryptographie</li> <li>- sichere Kommunikationsprotokolle /-kanäle <ul style="list-style-type: none"> <li>- https://</li> <li>- SET</li> </ul> </li> <li>- Schutzprogramme <ul style="list-style-type: none"> <li>Virenschutz</li> <li>Cookie-Killer</li> </ul> </li> <li>- Firewalls</li> </ul>
91	<b>Was regelt die allgemeine EU-Datenschutz-RL?</b>
	395L0046, Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr.
92	<b>Was regelt die EU-Telekommunikationsdatenschutz-RL?</b>
	397L0066, Richtlinie 97/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 1997 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre im Bereich der Telekommunikation.
93	<b>Welche Daten sind vom Regelungszweck der beiden RL umfasst?</b>
	Die allgemeine Datenschutzrichtlinie hat zum Ziel, einen gemeinsamen, gemeinschaftlichen Datenschutzstandard zu errichten und so den Datenschutz innerhalb der EU zu gewährleisten, gleichzeitig aber einen möglichst freien Datenfluss sicherzustellen. Einbezogen in den Anwendungsbereich der DS-RL sind alle personenbezogenen Daten natürlicher Personen, unabhängig von der Art der Verarbeitung – also sowohl die vollständig, teilweise oder auch gar nicht automatisierte Verarbeitung persönlicher Daten.
94	<b>Was versteht man unter der "Zweckgebundenheit" der Datenverarbeitung?</b>
	Persönliche Daten dürfen nur für eindeutig festgelegte und rechtmäßige Zwecke erhoben werden und auch nur dementsprechenden verarbeitet werden (Art. 6 Abs. 1 b, c). Die Daten müssen sachlich richtig erhoben worden sein. Sie müssen - wenn nötig - aktualisiert werden und dürfen nicht länger als für die Verwirklichung der Zwecke ihrer Erhebung aufbewahrt werden. Gegen eine zweckentfremdete Erhebung und Verarbeitung hat der Betroffene ein kostenloses Widerspruchsrecht nach Art. 14 (2).
95	<b>Erklären Sie das "zweistufige Zulässigkeitskonzept gem. Art. 7 der Datenschutz-RL.</b>
	Art. 7 der DS-RL legt konkrete „Erlaubnistatbestände“ fest – also Sachverhalte, die erfüllt sein müssen, damit eine Erhebung, Verarbeitung und Nutzung tatsächlich zulässig ist. Dieses System wird insgesamt als zweistufiges Zulässigkeitskonzept bezeichnet. Zuerst müssen die allgemeinen Voraussetzungen des Art. 6 vorliegen. Nach Art. 7 bestimmt sich dann die Zulässigkeit im Einzelfall: – Die nötige Einwilligung des Betroffenen, die Notwendigkeit der Erhebung bzw. Verarbeitung der Daten für die Erfüllung vertraglicher oder rechtlicher Pflichten, etc.
96	<b>Welches Recht hat der Betroffene?</b>
	Die betroffenen Personen erhalten spezielle Informationsrechte, welche von der verarbeitenden Stelle gewährt werden müssen. Diese Informationspflichten und Rechte sind in Art. 10 bis 13 geregelt; insbesondere wird den Betroffenen ein Auskunftsrecht,

	ein Einsichtsrecht in die erhobenen Daten, ein Recht auf Richtigstellung und gegebenenfalls Löschung von personenbezogenen Daten eingeräumt.
97	<b>Was versteht man unter automatisierten Einzelentscheidungen? Sind diese zulässig?</b>
	<p>- Nach Art. 15 haben die Mitgliedstaaten zu gewährleisten, dass niemand einer rechtlichen Entscheidung mit erheblichen Folgen unterworfen wird, welche ausschließlich aufgrund automatisierter Verarbeitung personenbezogener Daten ergeht; [Verbot automatisierter Einzelentscheidungen]</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die für die Verarbeitung der Daten Verantwortlichen müssen geeignete technische und organisatorische Maßnahmen für die Vertraulichkeit und Sicherheit der persönlichen Daten treffen und damit den Schutz der Daten etwa gegen zufälligen Verlust, Zerstörung, unberechtigte Weitergabe, etc. gewährleisten;</li> <li>• Die Verarbeitung von Daten und der Zweck der Verarbeitung sind bei von den Mitgliedstaaten eigens einzurichtenden, öffentlichen und unabhängigen Kontrollstellen zu melden, bevor mit der Datenverarbeitung begonnen wird;</li> <li>• Entsteht jemandem jemand durch unrechtmäßige Datenverarbeitung ein Schaden (auch allfällige ideelle Schäden sind umfasst), so führt dies zur verschuldensunabhängigen Schadenersatzpflicht des für die Verarbeitung Verantwortlichen [Art. 23]</li> </ul>
98	<b>Wie ist der Daten-Export in das EU-Ausland geregelt?</b>
	<p>Die Mitgliedstaaten müssen gewährleisten, dass personenbezogene Daten aus der europäischen „Datenschutzzone“ nur in jene Länder außerhalb der EU exportiert werden dürfen, welche einen ebensolchen Datenschutzstandard gewährleisten und wo das Grundrecht „angemessen“ geschützt ist. Safe-Harbor-Abkommen zwischen EU und USA</p>
99	<b>Wurde die allg. Datenschutz-RL in Österreich bereits umgesetzt?</b>
	<p>–Datenschutz, Medien- und Presserecht = Bundeskompetenz</p> <p>–keine eigenen Landesgesetze, aber teils Durchführungsverordnungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- DSG 1978 als Ausgangsbasis</li> <li>– Datenschutzgesetz 2000</li> <li>– Sonderstimmungen in einzelnen Gesetzen (TKG, SigG)</li> </ul> <p>- DSG 2000 versteht sich als Umsetzung der DS-RL</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Kritik wegen mangelnder Umsetzung</li> </ul> <p>- stellt teils strengere Anforderungen an Datenschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– DS-RL ist nur Mindestmaßstab</li> <li>- z.B. DSG 2000 schützt auch die Daten von juristischen Personen</li> </ul>
100	<b>Welche Aufgabe hat die Datenschutzkommission?</b>
	neben der Behandlung der gerade genannten Beschwerden ganz allgemein für die Kontrolle des Datenschutzes sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich zuständig.
101	<b>Was sind sensible Daten iSd DSG 2000?</b>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <u>sensible Daten</u> [ insb. ethnische Herkunft, politische Meinung, religiöse Überzeugung, Gesundheit, Sexualleben] dürfen nur dann verwendet werden, wenn <ul style="list-style-type: none"> <li>– der Betroffene diese Daten selbst veröffentlicht oder seine ausdrückliche (jederzeit widerrufbare) Zustimmung erteilt hat.</li> </ul> </li> <li>- eine gesetzliche Ermächtigung vorliegt oder diese Verwendung zur Wahrung überwiegend wichtiger, öffentlicher Interessen nötig ist.</li> <li>- <u>nicht sensible Daten</u> dürfen verwendet werden, wenn <ul style="list-style-type: none"> <li>- der Betroffene eingewilligt hat (der Widerruf einer solchen Einwilligung ist jedoch jederzeit möglich),</li> <li>- eine Gesetz dies ausdrücklich vorsieht,</li> <li>- lebenswichtige Interesse des Betroffenen dies erfordern</li> <li>- oder überwiegende Interessen eines Dritten (Privaten) vorliegen</li> <li>- Interessensabwägung zwischen schutzwürdigen Interessen des Betroffenen einerseits und jenen des Auftraggebers andererseits</li> </ul> </li> </ul>
102	<b>Was versteht man unter Informationsverbundsystemen?</b>
	die gemeinsame Verarbeitung von Daten in einer Datenanwendung durch mehrere Auftraggeber und die gemeinsame Benützung der Daten in der Art, dass jeder Auftraggeber auch auf jene Daten im System Zugriff hat, die von den anderen Auftraggebern dem System zur Verfügung gestellt wurden.
103	<b>Welchen Unterschied macht es, ob die Datenverarbeitung durch eine öffentliche Stelle oder durch eine private Firma erfolgt?</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>–Unterschied bei der Geltendmachung: <ul style="list-style-type: none"> <li>- DS-Verletzung durch Private: ordentl. Gerichte</li> <li>- DS-Verletzung durch Öffentliche (Behörden): Anrufung der Datenschutzkommission</li> </ul> </li> </ul>
104	<b>Wie kann eine Missachtung der Bestimmungen des DSG 2000 geahndet werden?</b>
	§ 51 DSG 2000 - Strafbestimmung: „Datenanwendung mit Gewinn- oder Schädigungsabsicht“ (Freiheitsstrafe bis 1 Jahr)
	<b>CYBERCRIME</b>
105	<b>Gibt es in Österreich spezielle Gesetze gegen Straftaten, die online begangen werden?</b>
	ja
106	<b>Wo finden sich solche Bestimmungen?</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Strafgesetzbuch [StGB] <ul style="list-style-type: none"> <li>–§ 126 a StGB [Datenbeschädigung]</li> <li>–§ 148 a StGB [Betrügerischer Datenverarbeitungsmissbrauch]</li> </ul> </li> <li>- Telekommunikationsgesetz [TKG] <ul style="list-style-type: none"> <li>–§ 75 (2) Providerhaftung</li> <li>–§ 89 Mitwirkungspflicht der Provider</li> </ul> </li> </ul>
107	<b>Können auch ISP strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden?</b>
	Ja gemäß <ul style="list-style-type: none"> <li>- Telekommunikationsgesetz [TKG]</li> </ul>



	–§ 75 (2) Providerhaftung –§ 89 Mitwirkungspflicht der Provider
108	<b>Welchen Tatbestand betrifft § 126a StGB "Datenbeschädigung"?</b>
	„wer einen anderen dadurch schädigt, dass er automationsunterstützt verarbeitete, übermittelte oder überlassene Daten, über die er nicht oder nicht allein verfügen darf, verändert, löscht oder sonst unbrauchbar macht oder unterdrückt.“  Strafdrohung bis 5 Jahren Freiheitsstrafe (gestaffelt nach Schadenshöhe)
109	<b>Welchen Tatbestand betrifft § 148a StGB "Betrügerischer Datenverarbeitungsmissbrauch"?</b>
	„wer - mit dem Vorsatz, sich oder einen Dritten unrechtmäßig zu bereichern - einen anderen dadurch am Vermögen schädigt, dass er das Ergebnis einer automationsunterstützten Datenverarbeitung durch Gestaltung des Programms, durch Eingabe, Veränderung oder Löschung von Daten (§ 126 a Abs. 2 öStGB) oder sonst durch Einwirkung auf den Ablauf des Verarbeitungsvorgangs beeinflusst“  Strafdrohung bis 3 Jahre, bei gewerbsmäßigen Begehung bis 10 Jahre Freiheitsstrafe
	<b>INTERNET GOVERNANCE</b>
110	<b>Was ist das Internet?</b>
	Internet” refers to the global information system that -- (i) is logically linked together by a globally unique address space based on the Internet Protocol (IP) or its subsequent extensions/follow-ons; (ii) is able to support communications using the Transmission Control Protocol / Internet Protocol (TCP/IP) suite or its subsequent extensions/follow-ons, and/or other IP-compatible protocols; and (iii) provides, uses or makes accessible, either publicly or privately, high level services layered on the communications and related infrastructure described herein-
111	<b>Wer verwaltet das Internet?</b>
	ICANN - Internet Corporation for Assigned Names and Numbers
112	<b>Was ist die ICANN?</b>
	ICANN - Internet Corporation for Assigned Names and Numbers  Die ICANN wird bei ihrer Arbeit das Wohl der Internet-Gemeinschaft als Ganzes im Auge haben und ihre Aufgaben im Einklang mit den relevanten Prinzipien des Völkerrechts, der anwendbaren internationalen Übereinkommen und des innerstaatlichen Rechts ausüben, [...] durch offene und transparente Prozesse, die Wettbewerb und offenen Zugang zu Internet-Märkten ermöglichen
113	<b>Wie ist die ICANN entstanden?</b>
	Bis Mitte der 90er Jahre war die Regelung, Standardisierung und Vergabe von wichtigen

	Internet Parametern ein US-amerikanische Angelegenheit. Anhand der Vergabe von Top Level Domains und IP-Adressen, ist dies am besten nachzuvollziehen. Mit der Entstehung des Internet in den USA, lagen die administrativen Einrichtungen lange Zeit fast ausschließlich bei amerikanischen Universitäten und Organisationen. Die Firma Network Solutions, NSI, hatte lange Zeit ein Monopol auf die Vergabe von Domain-Namen im Auftrag der amerikanischen Regierung. Mit der zunehmenden Internationalisierung haben andere Länder in den vergangenen Jahren zunehmend darauf gedrängt, ihre Einflussmöglichkeit zu vergrößern. Dies führte, in einem komplizierten Meinungsbildungsprozess, der bis auf den heutigen Tag andauert, zur Entstehung von ICANN.
114	<b>Aufbau ICAAN?</b>
	Board of Directors mit einem CEO. Ihm unterstehen auch noch das W3C usw... Siehe Grafik
115	<b>Was für Kompetenzen hat die ICANN?</b>
	<p>Domain-Vergabe &amp; Streitschlichtung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- First Come, First Serve <ul style="list-style-type: none"> <li>–WHOIS - Dienst bei Registraren</li> </ul> </li> <li>- ICANNs UDRP [Uniform Domain Name Dispute Resolution] <ul style="list-style-type: none"> <li>–NUR für : .org, .net, .com</li> </ul> </li> <li>- 4 Streitschlichtungs-Organisationen: <ul style="list-style-type: none"> <li>–WIPO [Genf / Schweiz]</li> <li>–E-Resolution [Kanada]</li> <li>–National Arbitration [USA]</li> <li>–CPR Institute for Dispute Resolution</li> </ul> </li> <li>- Rechtsweg zu ordentlichen Gerichten bleibt offen</li> </ul>
116	<b>Was ist das Root-Server-System?</b>
	Sind die Haupt-DNS(Domain-Name-Server)Server. Große Server stehen in Wien, London, Stockholm, Kalifornien usw.
117	<b>Wie ist das Ipv6 aufgebaut und wozu wird es entwickelt?</b>
	<p>Bisheriger Standard war das IPv4</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– vier Byte (je 8 bit) als Dezimalzahl</li> <li>– heute ca. 4,2 Mrd IP-Adressen</li> </ul> <p>Das Problem besteht darin, dass es nur eine beschränkte Anzahl von Adressen zulässt. Durch die ständige Entwicklung des Internets (zB China) besteht allerdings ein zunehmender IP-Adressenbedarf. Diesen kann IPv4 nicht mehr gerecht werden. Deshalb gibt es Bestrebungen, einen neuen Standard einzuführen. (IPv6). Allerdings ist dies mit hohen Kosten verbunden.</p>
	<b>DOMAINRECHT</b>
118	<b>Erklären Sie das Domain-Name-System.</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Benutzerfreundlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>logische Namenstruktur --&gt; Zuordnung alphanumerischer Zeichenkombinationen zu IP-Adressen</li> </ul> </li> <li>- Domain-Levels: <ul style="list-style-type: none"> <li><a href="http://www.markenrecht.at">www.markenrecht.at</a></li> </ul> </li> </ul>

	Second-Level-Domain: markenrecht TLD: at
119	<b>Welche Domainarten gibt es?</b>
	<p>Generische TLDs</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>–.gov (governmental) für US- Regierungsstellen,</li> <li>–.edu (educational) für US-Bildungseinrichtungen,</li> <li>–.mil (military) für militärische Einrichtungen der USA.</li> </ul> <p>.net (networking),  –.int (international),  –.org (organization) und  –.com (commercial)</p> <p>Country-Code TLD .at, .de, .us, ...</p>
120	<b>Von wem werden die geographischen Top-Level-Domains verwaltet?</b>
	ICANN
121	<b>Nach welchem Prinzip werden Domain-Namen vergeben?</b>
	<p>First Come, First Serve</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>–WHOIS - Dienst bei Registraren</li> </ul>
122	<b>Beschreiben Sie die rechtliche Natur von Domain-Namen.</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>–Adresse</li> <li>–(privater) Name mit Unterscheidungskraft</li> <li>–Marketing-Instrument</li> <li>–(Unternehmens-) Kennzeichen</li> </ul>
123	<b>Nennen Sie den Rechtsrahmen für das Domain-Recht.</b>
	<p>- Allgemeine Regelung: § 43 ABGB</p> <p>Jeder soll gegen die unbefugte Nutzung seines Namens oder Kennzeichens im privaten als auch im geschäftlichen Bereich geschützt sein  Grund: Unterscheidungskraft und Identifizierungsfunktion von Namen  Unterlassungsanspruch</p> <p>- Spezielle Regelungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>–Markenschutzgesetz [MaschG]  Registrierung im Markenregister --&gt; Inhaber</li> <li>–BG über den Unlauteren Wettbewerb [UWG]</li> <li>–Handelsgesetzbuch [HGB]  „Name“ einer Firma, Unternehmenskennzeichen</li> <li>- Urheberrechtsgesetz [UrhG]</li> </ul>
124	<b>Beschreiben Sie das Problem des "Flachen-Adressraumes".</b>
	<p>Domain-Namen sind weltweit einzigartig. Dadurch entstehen Konflikte zwischen Unternehmen/Markeninhabern und Privaten. Aber auch zwischen staatlichen Institutionen und Privaten (zB Bundesheer.at)</p>
125	<b>Können Gattungsbegriffe als Domain-Namen registriert werden?</b>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Registrierung erfordert Unterscheidungskraft</li> <li>Gattungsbegriffe sind unzulässig --&gt; „Freihaltebedürfnis“</li> <li>Ausnahme: überregionale Verkehrsgeltung [eltern.de]</li> </ul>
126	<b>In welchem Zusammenhang ist eine überregionale Bedeutung eines Unternehmens relevant?</b>
	Bei der Domainvergabe gegenüber einem privaten Interessenten.
127	<b>Gewinnt ein Unternehmen jeden Domainstreit gegen einen Privaten?</b>
	<p>Eigentlich schon. (haben die besseren Anwälte)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- bei (privater) Namensgleichheit: Prioritätsprinzip</li> <li>- bei gleichen Geschäftsnamen: <ul style="list-style-type: none"> <li>– das ältere Namensrecht gewinnt</li> </ul> </li> </ul> <p><u>Privatname vers. Firmenname</u>  gewinnt, wenn der private Domain-Name</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>–zuerst registriert wurde und</li> <li>–auf ein echtes Namensrecht gestützt werden kann</li> <li>–keine geschäftliche Nutzung vorliegt und</li> <li>–die Firma keine überregionale Bedeutung hat.</li> </ul>